

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

215

Übergreifende Konzepte	218
Präventionsprogramm Wegweiser	222
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	226
Fachtagungen und Kongresse	232
VIR	236
Vorträge und Fortbildungen	240
Veröffentlichungen	244

Islamismus und Rechtsextremismus waren im Jahre 2017 weiterhin die Kernbereiche, auf die sich der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Bereich der Prävention fokussiert. Die Präventionsarbeit wurde auf allen Ebenen weiter intensiviert, um extremistischen Aktivitäten frühzeitig entgegenzuwirken. Die Programme sind im Laufe des Jahres weiter ausgebaut und die zahlreichen Arbeitsfelder personell verstärkt worden.

Die positive Resonanz des seit 2014 laufenden Fortbildungsprojektes VIR (Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) ist durch ein Gutachten der Bundeszentrale für politische Bildung gestützt worden. Im Berichtsjahr sind weitere Trainerinnen und Trainer ausgebildet worden, und das VIR-Konzept wurde weiter in die Fachöffentlichkeit getragen.

Das Präventionsprogramm Wegweiser ist weiter ausgebaut worden. Ziel ist ein flächendeckendes Angebot von niedrigschwelliger Beratung durch Anlaufstellen vor Ort in ganz Nordrhein-Westfalen. Der Ausbau wird daher in 2018 weiter fortgesetzt.

Die beiden beim Verfassungsschutz angesiedelten Aussteigerprogramme Spurwechsel (Rechtsextremismus) und API (Islamismus) verzeichneten in 2017 eine weiterhin hohe Nachfrage. Ein Aussteigerprogramm für den Bereich des Linksextremismus befindet sich im Aufbau.

Der Verfassungsschutz verfolgt in der Prävention einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Dieser Ansatz wird beispielsweise bei speziellen Angeboten für Schule und Jugendarbeit deutlich, die das Ministerium des Innern mit dem Ministerium für Schule und Bildung zusammengestellt hat und finanziert. Die Resonanz auf die im Jahr 2017 vermittelten unterschiedlichen Module wie ein Theaterstück, Autorenlesungen und ein Comic-Workshop war sehr positiv. Die gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführte Tagung „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“ wurde 2017 erneut erfolgreich durchgeführt. Im Rahmen von drei Fachtagungen wurden knapp 300 pädagogische Fachkräfte erreicht.

Die ganzheitliche Präventionsarbeit stützt sich auf die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern. Im Berichtsjahr wurden das „Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für Nordrhein-Westfalen“ und die Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention weitergeführt. In beiden Bereichen werden die Aktivitäten und konkreten Projekte – getragen von Staat und Zivilgesellschaft – auch in Zukunft weiterentwickelt. Das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“, bei dem Sicherheitsbehörden eng mit Kreisen, Städten und Gemeinden zusammenarbeiten, wurde im Berichtsjahr weiterhin erfolgreich angenommen. Eine weitere Ausweitung ist angestrebt.

Im Jahr 2017 hat der Verfassungsschutz 410 Veranstaltungen mit insgesamt rund 17.600 Teilnehmenden zur Information und Sensibilisierung für verschiedene Bereiche der Gesellschaft durchgeführt oder war an ihnen beteiligt. Einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ leistet die gleichnamige Veröffentlichung, die 2017 in mittlerweile fünfter Auflage erschienen ist.

Übergreifende Konzepte

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz nutzte auch im Jahr 2017 seine Erkenntnisse zu den Extremismusbereichen Islamismus und Rechtsextremismus, um präventive Maßnahmen langfristig zu entwickeln, durchzuführen und fortzusetzen. Er wendet sich aber auch gemeinsam mit allen relevanten Akteuren gegen den Extremismus. Ein Präventionsansatz aus Vernetzung und konkreten Maßnahmen verspricht den größten Erfolg. Der Verfassungsschutz ist daher unter anderem in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen der Landesregierung aktiv, unterstützt in Kooperation mit der Wissenschaft neue Forschungsprojekte und intensiviert die Zusammenarbeit mit den nordrhein-westfälischen Kommunen.

Prävention auf alle Ebenen

In den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus bringt der Verfassungsschutz NRW seine Erkenntnisse gezielt in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein. In Wissenschaft und pädagogischer Praxis wird üblicherweise zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. Eingeteilt wird nach den Zielgruppen, an die sich die Präventionsmaßnahmen richten.

Die primäre Prävention zielt auf die demokratische Öffentlichkeit ab („Verfassungsschutz durch Aufklärung“).

Bei der sekundären Prävention sind es Personengruppen, die eine Nähe zum extremistischen Denken und Handeln haben. Im Bereich des Rechtsextremismus werden diese Personen beispielsweise häufig als „rechtsorientiert“ oder „rechtsaffin“ bezeichnet. Entsprechende Jugendliche befinden sich meist in einer Annäherungsphase an extremistische Szenen.

Tertiäre Prävention richtet sich an Personen, die fest in der Szene verankert und in ihr aktiv sind. Maßnahmen der tertiären Prävention sind insbesondere Aussteigerprogramme. Die Übergänge zwischen diesen drei Präventionsbereichen sind fließend, die Unterscheidung ist aber wichtig, weil wirksame Präventionsmaßnahmen passgenau auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein müssen.

Interministerielle Arbeitsgruppe Rechtsextremismus

Die Landesregierung hat am 12. Dezember 2017 beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aller Landesministerien weiterhin die Umsetzung des „Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus für Nordrhein-Westfalen“ begleiten soll. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beteiligt sich wie bisher aktiv an dieser interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG): Er gehört darüber hinaus seit langer Zeit dem Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus an. Das Handlungskonzept mit 166 Einzelmaßnahmen war am 10. Mai 2016 verabschiedet worden. Es soll bis zum Jahr 2019 umgesetzt werden. Erarbeitet wurde das Konzept mit Unterstützung einer interministeriellen Arbeitsgruppe. Diese wird unter der Federführung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft die Umsetzung begleiten und gegebenenfalls notwendige Anpassungen erörtern. Die Umsetzung des Handlungskonzepts wird von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus gesteuert. Sie ist bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt. Vorrangige Ziele werden die Abstimmung der Aktivitäten aller Landesressorts und der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Stellen sein, die sich in Nordrhein-Westfalen gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, sowie die Förderung der weiteren Vernetzung. Ein Instrument des Handlungskonzepts ist unter anderem auch die in 2017 angelaufene Vergabe von Fördermitteln des Landes an Kreise und kreisfreie Städte. Damit können vor Ort passgenaue Handlungskonzepte entwickelt werden.

Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention

Am 20. März 2017 wurde dem nordrhein-westfälischen Landtag der erste Zwischenbericht zum ganzheitlichen Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus vorgelegt. In der 2016 eingerichteten unbefristeten Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zum Thema „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ sind die zuständigen Ministerien vertreten. Sie hat ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus entwickelt. Dieses Konzept orientiert sich an der Lebensbiografie eines Heranwachsenden und dem ihn jeweils begleitenden Lebensumfeld. Neben gefährdeten Personen sollen auch die Akteure in ihrem Umfeld durch konkrete Maßnahmen gestärkt und gegen „verführende“ Botschaften und Anwerbungen durch die islamistische Szene immunisiert werden. Unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise und von Erfahrungen aus der zivilgesellschaftlichen Praxis wurden 27 konkrete Projekte entwickelt und im Zwischenbericht dargestellt. Sie beziehen sich auf die Bereiche Sozialräume, Schule, Justizvollzug, Einbeziehung von Muslimen als Akteure, Medien, Propaganda sowie Frauen und Mädchen. Dem Leitgedanken des Handlungskonzeptes folgend wird bei der Umsetzung der Projekte ein großes Augenmerk auf die Bündelung der Einzelmaßnahmen und die Vernetzung der beteiligten Partner gelegt. Die Mitglieder der IMAG haben die Umsetzung der in ihrer Verantwortung liegenden 27 Projekte über 2017 hinaus vorangetrieben. Außerdem wurde mit der Betrachtung von weiteren Themenschwerpunkten und der Entwicklung von entsprechenden konkreten Projekten

begonnen. Die Erstellung eines weiteren Berichtes der IMAG ist für die zweite Jahreshälfte 2018 vorgesehen.

Kompetenznetzwerk CoreNRW

Das Kompetenznetzwerk CoreNRW (Connecting Research on Extremism NRW) wurde im Jahr 2017 durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft und das Ministerium des Innern weiter aufgebaut. Neben den Ministerien wird das Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen aus Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen sowie von Akteuren der Prävention getragen.

Es setzt auf bedarfsorientierte Forschung und gezielten Wissenstransfer im Bereich des extremistischen Salafismus. Koordinierungsstelle des Netzwerkes ist das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, das innerhalb des Netzwerkes unter anderem Steuerungs-, Vernetzungs- und Vermittlungsfunktionen wahrnimmt sowie Forschungsbedarfe zusammenstellt. Die ersten Forschungsprojekte sind bereits angelaufen. Sie werden durch Haushaltsmittel des Wissenschaftsministeriums gefördert. Das Netzwerk stellt eine Basis für die notwendige Vernetzung von Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Prävention dar.

Projekt „Kommunen gegen Extremismus“

Seit 2014 führt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz zusammen mit dem polizeilichen Staatsschutz des jeweils zuständigen Polizeipräsidiums das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ durch. Im Zentrum steht die Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden sowie Kreisen, Städten und Gemeinden auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit. Durch gegenseitigen Informationsaustausch soll jeder Art von Extremismus im Vorfeld der Entstehung entgegenwirkt werden.

Das Projekt wurde als Pilot im Kreis Mettmann gestartet. In den folgenden Jahren ist es auf den Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Mönchengladbach ausgedehnt worden. Zuletzt haben sich der Kreis Paderborn mit seinen kreisangehörigen Kommunen sowie die kreisfreie Stadt Remscheid angeschlossen. Es gibt zudem Kontakte zu verschiedenen weiteren Städten in Nordrhein-Westfalen. Eine Erweiterung des Projekts auf bisher nicht beteiligte Landkreise und Städte ist beabsichtigt.

Prävention auf allen Ebenen

In den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus bringt der Verfassungsschutz NRW seine Erkenntnisse gezielt in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein. In Wissenschaft und pädagogischer Praxis wird üblicherweise zwischen primär, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. Eingeteilt wird nach den Zielgruppen, an die sich die Präventionsmaßnahmen richten.

Die primäre Prävention zielt auf die demokratische Öffentlichkeit ab („Verfassungsschutz durch Aufklärung“).

Bei der sekundären Prävention sind es Personengruppen, die eine Nähe zum extremistischen Denken und Handeln haben. Im Bereich des Rechtsextremismus werden diese Personen beispielsweise häufig als „rechtsorientiert“ oder „rechtsaffin“ bezeichnet. Entsprechende Jugendliche befinden sich meist in einer Annäherungsphase an extremistische Szenen.

Tertiäre Prävention richtet sich an Personen, die fest in der Szene verankert und in ihr aktiv sind. Maßnahmen der tertiären Prävention sind insbesondere Aussteigerprogramme. Die Übergänge zwischen diesen drei Präventionsbereichen sind fließend, die Unterscheidung ist aber wichtig, weil wirksame Präventionsmaßnahmen passgenau auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein müssen.

Präventionsprogramm Wegweiser

Wegweiser ist ein wesentlicher Baustein der Frühintervention vor allem bei jungen Menschen, die bereits mit der salafistischen Szene sympathisieren oder in diese abzurutschen drohen. Das im Jahr 2014 vom Innenministerium ins Leben gerufene Präventionsprogramm richtet aber auch an das soziale Umfeld dieser Personengruppe.

Nach dem Motto „Ausstieg vor dem Einstieg“ bietet es konkrete Beratungsangebote für Betroffene und ist auf lokaler Ebene für alle ansprechbar, die Fragen zu den Themen extremistischer Salafismus und Radikalisierung haben oder Unterstützung in konkreten Einzelfällen benötigen. Der Zugang zum Programm ist so niedrigschwellig wie möglich gestaltet. Kostenlose Beratung und Betreuung findet in 13 Anlaufstellen vor Ort (Stand: Ende 2017) statt. Diese werden von lokalen Trägerorganisationen unterhalten. Träger sind Organisationen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich (rund zwei Drittel) und kommunale Einrichtungen (rund ein Drittel).



Breites Angebot zur individuellen Hilfe

Es gibt vielfältige mögliche Auslöser für eine Radikalisierung. Daher ist Wegweiser breit aufgestellt und kann auf ein großes Netzwerk unterschiedlicher örtlicher Akteure und Einrichtungen zurückgreifen (unter anderem Vereine, Sozialverbände, kommunale Ämter, Familienberatungsstellen, Jobcenter, Moscheegemeinden, Polizei). Die Netzwerkpartner wurden von Anfang an, das heißt bereits im Implementierungsverfahren, verantwortlich und verbindlich in die Beratungsstruktur mit eingebunden. Die Wegweiser-Beraterinnen und -Berater arbeiten somit nicht allein. Sie greifen bei multiplen Problemlagen der Betroffenen das vorhandene Regelsystem auf und flankieren es, indem sie vorhandene Möglichkeiten aktivieren und einbinden sowie Betroffene beraten und unterstützen. Sie bleiben ansprechbare Helfer über die gesamte Dauer eines Prozesses.

Die Wegweiser-Beratungsangebote sind für jedermann zugänglich. Sie richten sich vor allem an Angehörige, die auf Radikalisierung hindeutende Veränderungen bei jungen Menschen wahrnehmen. In drei Vierteln der Fälle werden pubertierende Jugendliche oder Kinder erreicht. Sie befinden sich in einer von Ambivalenz und von sprunghaften Verhalten geprägten Phase, sind in der Regel einer Vielzahl von Problemlagen ausgesetzt und sind daher für die einfachen Antworten der salafistischen Verführer auf die komplexen Fragen dieser Lebensphase besonders empfänglich. Das Programm wird darüber hinaus insbesondere aus dem Schulbereich und dem entsprechenden Umfeld nachgefragt. Dort werden Veränderungen besonders häufig bemerkt.

Ausbau des Programms

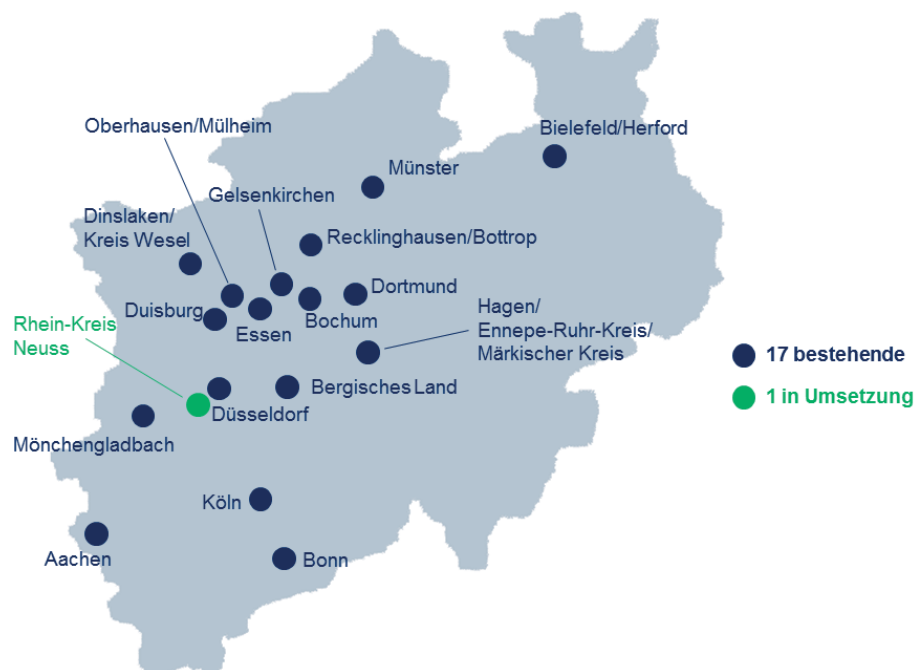
Die Nachfrage nach Beratungen und Vorträgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wegweiser war auch im Berichtszeitraum weiterhin hoch. Von Beginn des Programms bis zum Ende des Jahres 2017 wurden über 600 direkt betroffene Jugendliche und Kinder beraten. Davon haben sich in über 250 komplexen Fällen längerfristige Betreuungen durch das Wegweiser-Programm ergeben. In der überwiegenden Anzahl (80 bis 90 Prozent) haben diese Beratungsfälle einen positiven Verlauf genommen. Die bedeutet, dass offensichtlich extremistische Verhaltensweisen und Einstellungen bei den betroffenen jungen Menschen nicht mehr handlungsleitend waren und neue Perspektiven für sie erarbeitet werden konnten. Darüber hinaus wurden bis zum Ende des Berichtsjahrs nahezu 11.000 Umfeldberatungen und rund 1.800 Sensibilisierungsveranstaltungen durchgeführt.

Der Ausbau des vollständig vom Ministerium des Innern finanzierten Wegweiser-Programms wurde im Jahr 2017 konsequent fortgeführt. Neben zehn bereits in Betrieb befindlichen Beratungsstellen wurde die Arbeit im Laufe des Jahres 2017 an den Standorten Aachen, Bielefeld/Herford und Essen aufgenommen. Die Landesregierung verfolgt die Ziele, landesweit allen Betroffenen eine entsprechende Beratung und Unterstützung zukommen zu lassen und Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema gewaltbereiter Salafismus in allen Teilen Nordrhein-Westfalens durchführen zu können. Daher sollen auch in 2018 weitere Wegweiser-Beratungsstellen eingerichtet werden. In der Phase der Implementierung befinden sich Beratungsstellen in Oberhausen/Mülheim an der Ruhr, Gelsenkirchen, Recklinghausen/Bottrop, Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis/Märkischer Kreis und Rhein-Kreis Neuss. Zusätzlich sind sieben weitere Standorte in Nordrhein-Westfalen geplant. Mit dann insgesamt 25 Anlaufstellen sowie zusätzlichem Personal an sechs bereits bestehenden Standorten soll Ende 2018 eine landesweite Abdeckung mit dem Wegweiser-Beratungsangebot erreicht werden.

Kontakt zu Wegweiser

Eine Übersicht der Wegweiser-Beratungsstellen vor Ort mit Kontaktinformationen bietet die Webseite www.wegweiser.nrw.de. Dort sind zudem Antworten auf häufige Fragen rund um das Programm zu finden.

Wegweiser-Standorte



Das Ministerium des Innern unterhält eine Wegweiser-Hotline unter der Rufnummer **0211 / 871-2728**.

Hier können sich Ratsuchende aus ganz Nordrhein-Westfalen von Montag bis Freitag, jeweils von 8:00 bis 18:00 Uhr, vertrauensvoll Hilfe bei geschulten Beraterinnen und Berater holen. Die E-Mail-Adresse lautet info@wegweiser.nrw.de. Die zentrale Hotline vermittelt auf Wunsch Ansprechpartner vor Ort.



Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes

Aussteigerprogramme haben einen großen Stellenwert bei der Extremismus-Prävention. Sie bieten Angehörigen extremistischer Szenen eine Möglichkeit, in die demokratische Gesellschaft zurückzukehren. Die ist häufig mit einer langjährigen Begleitung verbunden. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betreibt bereits seit Jahren Aussteigerprogramme in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus. Derzeit richtet er ein weiteres Aussteigerprogramm für Szeneangehörige des Links- und auslandsbezogenen Extremismus ein. Damit bietet der Verfassungsschutz bei der tertiären Prävention nun Unterstützungsangebote in allen Extremismus-Feldern an.

Personelle Verstärkung

Aussteigerprogramme sollen dabei helfen, mögliche einschlägige Straftaten zu verhindern und das extremistische Personenpotential zu reduzieren. Ein wesentliches Element der Ausstiegsarbeit ist die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. In persönlichen Gesprächen werden Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt. Voraussetzungen für eine Teilnahme am Programm sind Freiwilligkeit und ein klar formulierter Ausstiegswille. Speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten den Ausstieg. Sie verfügen über besonderes Fachwissen zur jeweiligen extremistischen Szene. Die Teammitglieder verfügen über berufliche Vorerfahrungen und Kenntnisse aus den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Islam-, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Psychologie, Pädagogik und soziale Arbeit. Dies schafft eine Grundlage für passgenaue Methoden der Deradikalisierung und der sozialen Stabilisierung. So können beispielsweise eigens auf die jeweiligen Extremismen bezogene Anti-Aggressivitäts- und Anti-Gewalt-Trainings oder eine zielgerichtete Haftbetreuung angeboten werden.

Die im Jahr 2016 begonnene personelle Verstärkung der Programme ist im Jahr 2017 fortgeführt worden. Eine weitere personelle Aufstockung ist für das Jahr 2018 geplant. Damit können der Aufbau des neuen Aussteigerprogramms für die Bereiche Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus realisiert, die weiterhin steigende Nachfrage in allen Programmen bedient sowie eine noch intensivere und an den jeweiligen Bedürfnissen der Klienten ausgerichtete Unterstützung und Begleitung angeboten werden.

Ausstiegswillige Personen sehen sich in der Regel mit vielfältigen Problemlagen konfrontiert. Sie sind unter anderem geprägt durch Arbeitslosigkeit, finanzielle Schwierigkeiten, erhebliche Suchterkrankungen mit verstärkter psychischer Labilität wie Drogen- und Alkoholabhängigkeiten, Persönlichkeitsstörungen, psychischen Beeinträchtigungen oder die Herausforderung, den Alltag plötzlich ohne die „einfachen“ und strukturgebenden Antworten extremistischer Ideologien bewältigen zu müssen. Die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW leisten daher neben der ideologischen Aufarbeitung auch vielfältige Hilfestellungen zur Bewältigung und Unterstützung des Alltags der Teilnehmenden.

Ein enger Austausch zwischen den beteiligten Akteuren unter anderem aus den Bereichen Justiz und Polizei ist ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Arbeit der Aussteigerprogramme. Das gilt insbesondere für die Koordination der Begleitung von inhaftierten Personen während einer Haftzeit oder in Fällen, in denen die Polizei mit Hinweisen auf mögliche ausstiegswillige Personen an die Aussteigerprogramme herantritt. Die Vernetzung von Präventionsakteuren reicht über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus. Sie wird durch einen regelmäßig stattfindenden länderübergreifenden Erfahrungsaustausch verstetigt und weiter ausgebaut. Das Themenspektrum reicht von der Information über Entwicklungen der jeweiligen Programme hin zur Erarbeitung gemeinsamer Standards für die Ausstiegsarbeit. Neben dem intensiven Austausch mit Behörden sind die Programme in allen wesentlichen Hilfesystemen vernetzt. Dies ermöglicht eine konkrete und individuelle Hilfe beispielsweise bei der Arbeitsplatzsuche, bei der Eingliederung in Qualifizierungsmaßnahmen sowie in Fällen der Schuldner- oder Suchtberatung. Im Vordergrund steht stets, die eigenen Ressourcen der Klienten zu mobilisieren und so „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten.

Facebook-Adressen der Aussteigerprogramme

API: [www.facebook.com / api.nrw](https://www.facebook.com/api.nrw)

Spurwechsel: [www.facebook.com / spurwechsel.nrw](https://www.facebook.com/spurwechsel.nrw)

Näher an die Zielgruppen heran

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz erweitert seine Öffentlichkeitsarbeit zu den Aussteigerprogrammen mit dem Ziel, noch näher an die Zielgruppen der Programme heranzukommen und damit die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen. Erste Schritte entsprechender Kampagnen sind die Einrichtung von Facebook-Seiten für das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus „Spurwechsel“ und das Aussteigerprogramm Islamismus „API“ im Jahr 2017. Die Seiten geben Einblicke in die Angebote und die Arbeit der Programme. Sie verdeutlichen zudem die negativen Auswirkungen, die extremistische Einstellungen und ein entsprechendes Verhalten auf die Betroffenen selbst und auf Dritte haben. Ausstiegswillige Personen haben über die Angebote die Möglichkeit, sich jederzeit und bei Bedarf auch in zunächst anonymisierter Form mit ihren Fragen und Anliegen an die Programme zu wenden. Dort stehen virtuelle Ausstiegsbegleiter für

einen niederschweligen Erstkontakt zur Verfügung. Dahinter stehen Mitarbeiter der Programme, die für diesen Zweck speziell zu Online-Beratern ausgebildet worden sind.

Einen neuen Zugang zur Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichte die Teilnahme des Verfassungsschutzes an der weltweit größten Computer- und Videospiele-Messe Gamescom im August 2017 in Köln. Auf einem eigenen Stand wurden auch die Aussteigerprogramme als Teil der Präventionsarbeit der Landesregierung im Bereich des Extremismus präsentiert. Ein vom Verfassungsschutz produzierter Virtual-Reality-Film (VR) zum Thema Islamismus weckte das Interesse der zahlreichen Standbesucher. Mit entsprechenden VR-Brillen konnten sich die Jugendlichen am Stand in der virtuellen Szenerie umsehen. Ein Bildschirmquiz zum Extremismus gab den Anlass für viele, teilweise intensive Gespräche.

Weitere Elemente der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit werden unter anderem der kontinuierliche Ausbau von Aktivitäten in den sozialen Medien, on- und offline sichtbare Werbungen sowie für die Zielgruppen optimierte Websites sein. Eine Einbeziehung des Aussteigerprogramms Linksextremismus ist in Vorbereitung.

Aussteigerprogramme NRW bei Facebook

API: [www.facebook.com / api.nrw](http://www.facebook.com/api.nrw)

Spurwechsel: [www.facebook.com / spurwechsel.nrw](http://www.facebook.com/spurwechsel.nrw)

Neben der erneuten Teilnahme beim Deutschen Präventionstag in Hannover waren die Aussteigerprogramme im Jahr 2017 verstärkt mit eigenen Ständen, Workshops und Vorträgen bei weiteren bewährten Formaten des Präventionsbereichs vertreten. Sie beteiligten sich beispielsweise an Veranstaltungsreihen der Landeszentrale für politische Bildung und der Tagung „Grenzenloser Salafismus – Grenzenlose Prävention?“ der Bundeszentrale für politische Bildung im Dezember 2017 in Mannheim.

Stärkere Ausrichtung auf Frauen

Die Aussteigerprogramme des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes haben in den zurückliegenden Jahren überwiegend männliche Extremisten betreut, obwohl sich das Angebot zu keinem Zeitpunkt nur an Männer richtete. Es stellte sich daher die besondere Herausforderung, Frauen zu erreichen und zu einer Distanzierung von der jeweiligen extremistischen Szene zu bewegen. Dieser Herausforderung ist der Verfassungsschutz mit einer gezielten Einstellung weiblicher Ausstiegsbegleiterinnen sowie einer auf Frauen und Mädchen gerichteten Akzentuierung der Ansprache begegnet. Weibliche Klientinnen sind in der Ausstiegshilfe zwar nach wie vor unterrepräsentiert, ihr Anteil ist jedoch mittlerweile auf knapp 20 Prozent angestiegen. Ausstiegsbegleiterinnen werden von weiblichen Aussteigerinnen gut angenommen. Das API spricht gezielt

und aktiv islamistische Frauen wie beispielsweise Rückkehrerinnen aus Syrien und dem Irak an. Damit wird frühzeitig eine intensive Begleitung im ideologischen Distanzierungsprozess möglich.

Das Konzept zur zielgerichteten Ansprache und Begleitung extremistischer Frauen und Mädchen wurde auch im Jahr 2017 in der Ausstiegsarbeit berücksichtigt und auf der Grundlage gewonnener Erkenntnisse fortgeschrieben.

Spurwechsel – Aussteigerprogramm Rechts-extremismus



180 Personen haben bis zum Ende des Jahres 2017 die rechtsextremistische Szene über das Programm Spurwechsel dauerhaft verlassen. Dabei wurden wie in den Vorjahren parallel stets zwischen 40 und 50 Personen aktiv begleitet.

Die im Jahr 2015 durch Prof. Dr. Kurt Möller von der Hochschule Esslingen und Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein vorgestellten Evaluationsergebnisse und die damit verbundenen Empfehlungen wurden im Jahr 2017 weiter aufgegriffen. In einer wissenschaftlich begleiteten internen Projektgruppe wurden unter anderem die Dokumentation sowie Prozesse der Klientenbetreuung überarbeitet und angepasst. In 2017 wurde das Programm methodisch weiterentwickelt, und interne Projektgruppen erarbeiten fortlaufend neue Themenschwerpunkte wie beispielsweise die Verstärkung der Social-Media-Nutzung und die besondere Ausrichtung der Programme auf Frauen und Mädchen. Spurwechsel verstärkt weiter seine Bemühungen, möglicherweise ausstiegswillige Menschen eigeninitiativ anzusprechen. Auf diesem Wege konnten bereits Klienten zu einer Teilnahme am Programm und damit zu einer Abkehr von der Szene bewegt werden.

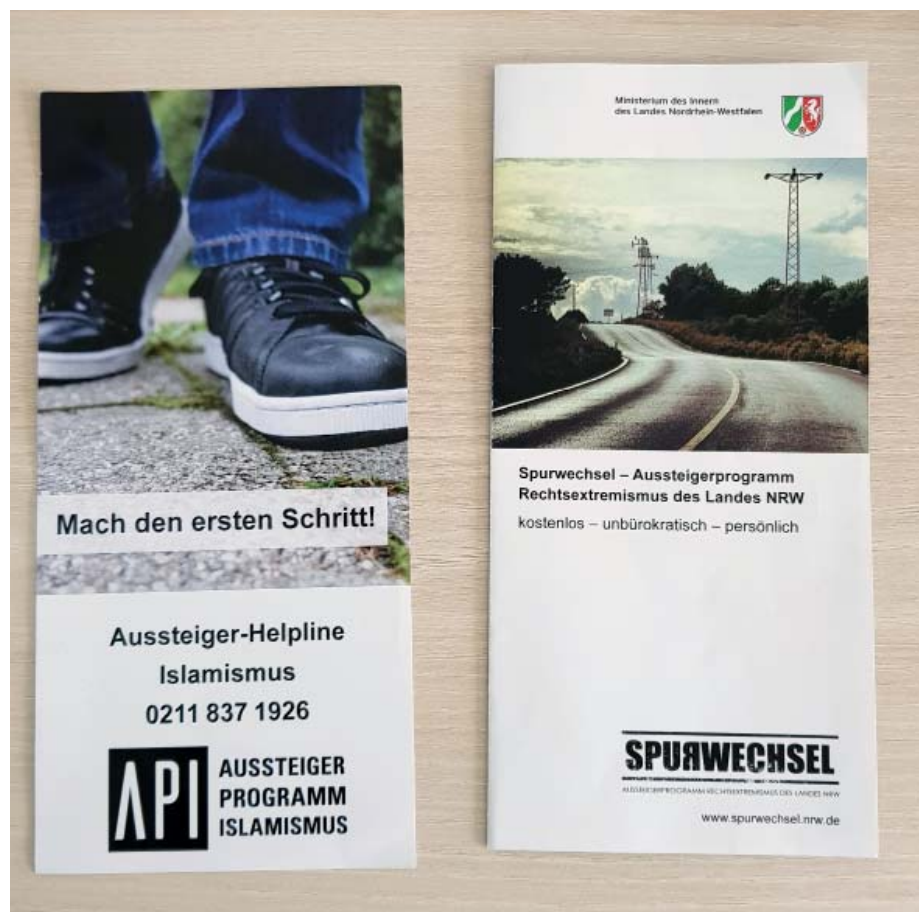
Im Jahr 2017 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Programms Spurwechsel an verschiedenen Fachtagungen und Fortbildungen teilgenommen, wie die Bundesarbeitstagung der staatlichen Ausstiegshilfen und verschiedene Veranstaltungen ziviler und staatlicher Programme im Rechtsextremismus.



API – Aussteigerprogramm Islamismus

Mit dem API unterbreitet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seit 2014 stark radikalisierten und in die islamistische Szene fest eingebundenen Personen ein Angebot, die extremistische Szene zu verlassen. Das Programm steht zudem Rückkehrern aus Kriegsgebieten und wegen entsprechender politischer Straftaten verurteilten Inhaftierten offen. Voraussetzung ist, dass sie die Bereitschaft haben, sich aus der Szene zu lösen.

Bei rund 130 Personen ist das API bis Ende 2017 tätig geworden. Bis zu 50 Fälle wurden und werden gleichzeitig aktiv bearbeitet. 14 Fälle sind nach Überprüfung durch das API an andere Hilfesysteme übergeben worden. Drei Fälle sind abgeschlossen, weil eine Deradikalisierung mit Hilfe des API zügig erreicht werden konnte. In einigen Fällen wurde die Zusammenarbeit jedoch abgebrochen. Die Ausstiegsabsichten möglicher Klienten waren nicht oder nicht ausreichend vorhanden, um eine Aufnahme in das Programm zu rechtfertigen. Das API hat von Beginn an eine aktive Fallakquise betrieben. Es hat viele Extremisten proaktiv kontaktiert und auf einen Ausstieg hingearbeitet. Dieses Vorgehen führt naturgemäß zu einer höheren „Ausfallquote“ als eine primär reaktive Arbeitsweise. Etwa dreißig Prozent der durch das API begleiteten Klienten wurden proaktiv durch das Programm angesprochen.



Wie bei Rechtsextremisten dauert ein Deradikalisierungsprozess im Islamismus zwischen drei und fünf Jahre. In etwa 25 Fällen konnte das API bei aktuellen Klienten eine nachhaltige und mutmaßlich dauerhafte Distanzierung von der extremistischen Szene erreichen. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Entwicklungen wird die Begleitung dieser Personen weiter fortgesetzt.

Das Programm wird innerhalb der Szene zunehmend bekannter. Die Anzahl der eigeninitiativen Kontaktaufnahmen beispielsweise inhaftierter Extremisten steigt kontinuierlich an. Die zeigt, dass das API von der Zielgruppe gut angenommen wird. Um diese Entwicklung weiter zu fördern, wurden im Jahr 2017 die Werbung für das API verstärkt sowie Veranstaltungen und Fortbildungen bei potentiellen Multiplikatoren durchgeführt. Das API wird ebenfalls Tagungen beispielsweise für den polizeilichen Staatsschutz und die Justiz durchführen.

left – Aussteigerprogramm Linksextremismus

Im Laufe des Jahres 2018 wird das dritte Aussteigerprogramm des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes seine Arbeit aufnehmen. Das Programm left wird sich an zwei Personengruppen richten. Dies sind zum einen Linksextremisten, beispielsweise Personen aus dem autonomen Spektrum, und zum anderen Mitglieder auslandsbezogener extremistischer Gruppierungen wie der **PKK**, der **DHKP-C** oder der **Ükücü-Bewegung**. Das Jahr 2017 wurde genutzt für die Konzepterstellung, Personalauswahl und Qualifizierung.

left greift bei der Arbeitsmethodik und Infrastruktur auf die Erfahrungen der bereits bestehenden Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes zurück.

Die linksextremistische Szene ist durch eine oftmals besondere Ideologisierung und eine regelmäßig explizit ablehnende Haltung dem Staat gegenüber geprägt. Dies kann das Programm left vor besondere Herausforderungen stellen. Das Programm wird daher einen besonderen Schwerpunkt auf die Identifizierung von und den Austausch mit Multiplikatoren legen. Es wird zudem versuchen, über zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und Ansprache der Szene Hemmnisse und Befürchtungen abzubauen. Erste Erfahrungen zeigen, dass in der linksextremistischen Szene ebenfalls mit Unterstützungsbedarf zu rechnen ist, auch wenn die Fallzahlen niedriger ausfallen dürften als bei den beiden bereits etablierten Programmen Rechtsextremismus und Islamismus.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bringt seine Erkenntnisse regelmäßig in Fachtagungen und -kongresse ein. Diese Veranstaltungen bieten wichtige Gelegenheiten zum Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft beispielsweise zu speziellen Fragen des politischen Extremismus, aber auch zu Erfahrungen und Ansätzen im Bereich der Prävention. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beteiligt sich überwiegend auf Einladung der Veranstalter an Fachtagungen. Er richtet sie aber auch immer wieder selbst gemeinsam mit Partnerorganisationen aus.

Tagungsreihe:

„Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“

Was motiviert junge Menschen, sich islamistischen oder rechtsextremistischen Szenen anzuschließen? Kristallisieren sich typische Einstiegsmuster heraus? Und im Vergleich dieser Gruppierungen – fallen Parallelen ins Auge oder vor allem Unterschiede? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem genauen Blick auf solche Lebenswege für die Präventionsarbeit? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt der Informationsreihe „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“, die die Landeszentrale für politische Bildung NRW und der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz gemeinsam konzipiert und durchgeführt haben. Sie umfasste drei Fachtagungen am 17. Oktober, 28. November und 5. Dezember 2017 in Bochum, Bielefeld und Wuppertal. Knapp 300 pädagogische Fachkräfte aus der schulischen und außerschulischen Arbeit mit Jugendlichen nahmen daran teil.

Die Veranstaltungen griffen neben Erkenntnissen der biographischen Forschung die Erfahrungen von Aussteigern und Aussteigerprogrammen auf. Vier Aussteiger aus islamistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen sowie aus dem Bereich der türkisch-nationalistischen „Grauen Wölfe“ berichteten über Motive, Aktivitäten, Ideologien und Gefühle, die sie mit diesen Szenen verbunden haben. Im jeweils abschließenden World Café erörterten die Teilnehmenden Konsequenzen und Impulse für die Prävention. Die Referenten des Vormittags sowie weitere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus Netzwerken und Initiativen standen an acht Thementischen für Gespräche zur Verfügung. Die Reihe fand eine sehr positive Resonanz und wird 2018 in Münster, Siegen und Aachen fortgesetzt.

Fachtag:

„Erlebniswelt Rechtsextremismus – Hintergründe & Methoden für die Präventionsarbeit“

Mit welchen Angeboten und Botschaften wenden sich Rechtsextremisten an Jugendliche? Welche Rolle spielt das Internet? Wie können praktische Formen aussehen, um Inszenierungen und Inhalte des Rechtsextremismus in Bildungsveranstaltungen mit Jugendlichen aufzugreifen und ihre Wachsamkeit zu stärken? Der Fachtag „Erlebniswelt Rechtsextremismus. Hintergründe und Methoden für die Präventionsarbeit“ am 1. Dezember 2017 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin ging diesen Fragen nach. Er begleitete das Erscheinen der Neuauflage des Bandes „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, den jugendschutz.net und der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz gemeinsam veröffentlicht haben. Beide Einrichtungen haben den Fachtag veranstaltet.

Praktische Impulse standen im Mittelpunkt. Neben zwei Fachvorträgen wurden im Plenum Aufklärungsprojekte zu den Themen „Fake News“ und „Rechtsextremismus und Sport“ präsentiert. In einem Open Space stellten sich 15 Projekte vor, die einen weiten Fächer von Ansätzen und Methoden repräsentieren: Vertreten waren zum Beispiel die Fußball-Fanprojekte in NRW, das Ronsdorfer Rockprojekt aus Wuppertal, das intensiv mit Jugendbands arbeitet und CDs gegen Rassismus veröffentlicht hat, das Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung in Hamm, das einen aufwändigen, regelmäßig stattfindenden Studientag „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ für Lehramtsanwärter/innen präsentierte, und das Schlosstheater Moers, das seit Jahren die Moerser Jugendkongresse für Demokratie und gegen Extremismus mitveranstaltet.

Fortbildungstagung:

„Extremistische Bewegungen: aktuelle Gefährdungen für unsere Demokratie?“

Gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen am 13. Dezember 2017 zum zweiten Mal die Fortbildungstagung „Extremistische Bewegungen: aktuelle Gefährdungen für unsere Demokratie?“ veranstaltet. Teilnehmende waren Lehrkräfte, Fachkräfte der Lehrerbildung und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in der außerschulischen Bildungsarbeit tätig sind. Im Mittelpunkt standen Impulsvorträge über Rechtsextremismus und Islamismus als aktuelle Gefährdungen für die Demokratie. Ein Musiklehrer aus Köln stellte eine vom ihm konzipierte Unterrichtsreihe zum Thema „Rechtsextremistische Musik“ vor. Darüber hinaus bestand Gelegenheit, mit einer Aussteigerin aus dem Rechtsextremismus in ein intensives Gespräch zu kommen. Eine Fortsetzung dieses Tagungsformates ist geplant.

Herausforderung extremistischer Salafismus – Angebote für Schule und Jugendarbeit

Der extremistische **Salafismus** bleibt eine aktuelle Herausforderung auch für Lehrkräfte an Schulen sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Wie kann man Jugendliche erreichen, mit ihnen ins Gespräch kommen und sie sensibilisieren? Das Ministerium des Innern hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Schule und Bildung Angebote zusammengestellt, die im Unterricht und in der außerschulischen Arbeit mit jungen Menschen helfen sollen, über extremistischen **Salafismus** aufzuklären.

Schulen und Jugendeinrichtungen konnten 2017 vier kostenfreie Module online anfordern: ein Theaterstück, Autorenlesungen zweier Jugendbücher und einen Comic-Workshop. Die konstant hohe Nachfrage bestätigte den großen Bedarf an Unterstützung insbesondere an Schulen. 2017 wurden über 100 Veranstaltungen durchgeführt und mehr als 9.000 Jugendliche erreicht. Die Resonanz sowie die per Feedback-Bogen gezielt abgefragten Rückmeldungen der veranstaltenden Schulen waren durchweg positiv.

Für das Jahr 2018 ist das Angebot auf acht Module zur kreativen und künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema Salafismus erweitert worden. Die folgenden Angebote wurden bei einer Informationsveranstaltung für Lehrkräfte und Beschäftigte in der Jugendarbeit am 13. Dezember 2017 im Jungen Schauspiel Düsseldorf vorgestellt:

- das Theaterstück „Dschihad One-Way“ des Jungen Theaters Hof
- das Theaterstück „Paradies“ des Jungen Schauspiels Düsseldorf
- eine Lesung des Romans „Dschihad Calling“ durch den Autor Christian Linker
- ein fachlich begleiteter Comic-Workshop mit dem Zeichner Peter Schaaff und der Expertin für Kinder- und Jugendarbeit Sinem Aslan
- das Klassenzimmer-Theaterstück „321 EXIT“ des Jungen Theaters Hof
- der Workshop „Cool und radikal?! Eine Analyse islamistischer Internetpropaganda“ mit Dr. Josephine B. Schmitt und Julian Ernst von der Universität zu Köln
- eine Vorführung des Kinofilms „Der Himmel wird warten“ mit begleitendem Seminar des Instituts für Kino und Filmkultur in Wiesbaden
- Lehrmaterialien des Vereins ufuq.de in Berlin.

Die Angebote sind abrufbar über die Webseite www.im.nrw.de/salafismus-praevention.

22. Deutscher Präventionstag in Hannover

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat sich im Juni 2017 in Hannover zum dritten Mal mit einem eigenen Stand am Deutschen Präventionstag beteiligt. Extremismusprävention hat sich bei dem größten europäischen Fachkongress im Bereich Prävention zu einem zunehmend relevanten Thema entwickelt. Die vielfältigen Präventionsangebote des Verfassungsschutzes sind daher auf ein großes Interesse beim nationalen und internationalen Fachpublikum gestoßen. Am Stand fanden Gespräche zu konkreten Einzelfällen statt, in denen auf Hilfs- und Beratungsangebote hingewiesen wurde. Der Präventionstag bot zudem die Möglichkeit, sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Praxis und Wissenschaft intensiv über zukünftige Herausforderungen der Präventionsarbeit auszutauschen.

Gamescom Entertainment-Messe in Köln

Im August 2017 war der Verfassungsschutz NRW erstmals mit einem eigenen Stand auf der Gamescom Entertainment-Messe in Köln vertreten. Mit rund 500.000 Besuchern aus 106 Ländern ist sie die weltweit größte Messe für Computer- und Videospiele. Extremistische Propaganda verbreitet sich rasant in sozialen Netzwerken und anderen Online-Welten. Sie kann dazu führen, junge Menschen ideologisch zu beeinflussen und zu radikalisieren. Die Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten („Spurwechsel“) und Islamisten (API) sowie das Präventionsprogramm „Wegweiser“ präsentierten sich dem internationalen Publikum und klärten auf. Die durch plakative Bildelemente auffallende Standgestaltung erreichte die junge Zielgruppe. Multimediale Angebote wie ein interaktiver Virtual Reality-Film, ein Extremismus-Quiz und umfassendes Informationsmaterial stießen auf großes Interesse und Offenheit bei den Jugendlichen. Sie boten einen sehr guten Einstieg, um mit medienaffinen jungen Menschen sowie mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ins Gespräch zu kommen und häufig lebhaft zu diskutieren.



Standbesucher auf der Gamescom 2017

VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Zum fünften Mal wurden im Jahr 2017 Trainerinnen und Trainer ausgebildet, um pädagogische Fachkräfte und andere Interessierte nach dem VIR-Konzept fortzubilden. VIR-Fortbildungen richten sich an Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind, also mit jungen Menschen, die sich der rechtsextremistischen Szene annähern, aber noch nicht fest in ihr verankert sind. Der VIR-Ansatz verfolgt das Ziel, Impulse in Alltagssituationen zu setzen, die zur Veränderung des eigenen Denkens und Handelns motivieren.



Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Trainer/innen-Ausbildung in Bielefeld

Der Steuerungskreis des VIR-Projekts bildet in der Regel einmal jährlich Trainerinnen und Trainer aus. Sie werden damit vorbereitet, anschließend selbst dreitägige Fortbildungen in Zweierteams durchführen zu können. Teilnehmende sind überwiegend pädagogische Fachkräfte, die zum Teil langjährige Erfahrungen aus der Jugendhilfe sowie aus Präventions- und Bildungsprogrammen mitbringen. Die fünfte VIR-Ausbildung fand vom 25. bis 28. September 2017 in Bielefeld statt. Die neu ausgebildeten Trainerinnen und Trainer arbeiten beispielsweise in Fußball-Fanprojekten, in Ausstiegshilfen für Rechtsextremisten, in der Bewährungshilfe und der offenen Jugendarbeit. Insgesamt wurden bisher rund 80 VIR-Trainerinnen und -Trainer lizenziert, die überwiegend in Nordrhein-Westfalen tätig sind. Weitere sind in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ansässig.

Nach dem Schneeballeffekt sollen VIR-Fortbildungen an möglichst vielen Orten zur Verfügung stehen. Ausgebildete Trainerinnen und Trainer haben 2017 eigene VIR-Fortbildungen unter anderem im Oberbergischen Kreis, in Oldenburg, an der Universität Rostock und an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe (Bochum) durchgeführt. Elemente des VIR-Konzepts wurden zudem in andere Fortbildungsformate wie beispielsweise Deeskalationstrainings integriert.

Gutachten bestätigt „sehr gut durchstrukturierte Methodik“

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat die Trainerausbildung 2017 begleitet. In ihrem Auftrag nahm der Kölner Politikwissenschaftler Hans-Georg Lützenkirchen an der Veranstaltung in Bielefeld teil. Sein Gutachten kommt unter anderem zu dem Ergebnis: „Die VIR-Fortbildung bietet eine bewährte und sehr gut durchstrukturierte Methodik, die geeignet ist, in der sozialen, sozialpädagogischen, präventiven oder beratenden Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen Veränderungsprozesse anzuregen und zu entwickeln.“ Der Bericht entwirft darüber hinaus Anregungen, um Inhalte und Methoden des VIR-Projekts enger mit der politischen Bildung zu verzahnen.

Reflexions- und Vernetzungstreffen in Dortmund

Alle seit 2014 ausgebildeten VIR-Trainerinnen und -Trainer hatten beim zweiten Reflexions- und Vernetzungstreffen in Dortmund am 12. Dezember 2017 Gelegenheit, ihre Erfahrungen auszutauschen. Im Mittelpunkt standen zudem aktuelle Informationen zur rechtsextremistischen Musik-Szene und das intensive Gespräch mit einer Aussteigerin.

VIR auf Kongressen und Tagungen

Das VIR-Konzept und seine Grundlagen wurden 2017 weiter in Fachkreisen vor- und zur Diskussion gestellt. Dies geschah beispielsweise in einer Themenarena und einer Projektpräsentation auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag am 30. März in Düsseldorf. VIR stand auch auf der Agenda der Tagung „Kulturelle Bildung und Rechtspopulismus?! Perspektiven und Widersprüchlichkeiten einer lebensweltorientierten Kulturarbeit mit rechten Jugendszenen“ am 12. Juni in der Akademie der Kulturellen Bildung in Remscheid. Im Juni 2018 stellt sich VIR in einem Projektpot auf dem Deutschen Präventionstag in Dresden vor.



VIR im Überblick

VIR („VeränderungsImpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“) ist ein Fortbildungskonzept, das zehn Bausteine umfasst, darunter Übungen zur Motivierenden Gesprächsführung, ein Modell, das Veränderungsphasen widerspiegelt (Transtheoretisches Modell der Veränderung, TTM) und Grundlagen zum Thema Rechtsextremismus (Rechtslage, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse).

Präventionsansatz

VIR-Fortbildungen geht es um die Kommunikation mit Zielgruppen, die skeptisch sind, ob sie ihr Verhalten ändern möchten. Intensive Beratungsprozesse sind daher zunächst aussichtslos. VIR setzt auf Kurzinterventionen; dies sind „Tür und Angel“-Gespräche oder Kurzberatungen mit einer Dauer von zehn bis 60 Minuten. Typische Situationen sind Pausengespräche in der Schule, Gespräche im Jugendzentrum oder zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer Justizvollzugsanstalt.

Akteure

Im VIR-Projekt arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen eng zusammen: Es wird gemeinsam getragen vom Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK-Ruhr), der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW und dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (Aussteigerprogramm „Spurwechsel“). VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen. Die ginko Stiftung für Prävention in Mülheim an der Ruhr, an deren Fortbildungskonzept MOVE (Motivierende Kurzintervention) sich VIR anlehnt, hat das Projekt unterstützt.

Informationen zum Projekt

Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter www.vir.nrw.de abrufbar.

Aufklärung und Sensibilisierung erhöhen die Wachsamkeit der Menschen. Sie schützen vor extremistischen Bestrebungen und stärken demokratische Grundhaltungen in der Gesellschaft. Entsprechend seines gesetzlichen Auftrags informiert und sensibilisiert der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Rahmen von Veranstaltungen und Fortbildungen über Ideologien, Erscheinungsformen, Anwerbestrategien und Propagandaaktivitäten politischer Extremismen. Er klärt über deren Auswirkungen sowie über die Gefahren für das demokratische Miteinander auf.

Der Verfassungsschutz erhält Anfragen aus allen gesellschaftlichen Bereichen wie beispielsweise Schulen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für Lehrkräfte, Polizei, pädagogischen Fachkräften unterschiedlicher Arbeitsfelder, Justiz und anderen Behörden wie zum Beispiel Jugendämtern. Großes Interesse an Aufklärungsveranstaltungen besteht nach wie vor bei politischen Einrichtungen und Stiftungen, Volkshochschulen sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Flüchtlingseinrichtungen. Darüber hinaus wurden in 2017 über 60 Vorträge zum Wirtschaftsschutz und der Spionageabwehr gehalten (siehe Kapitel „Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz“).

Schwerpunkte Rechtsextremismus und Islamismus

Das Interesse an Vorträgen und Fortbildungen über Extremisten, deren Netzwerke und Agitationsformen war in 2017 weiter hin sehr hoch. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat in diesem Jahr bei rund 320 Veranstaltungen mitgewirkt. Landesweit konnten damit rund 14.300 Menschen über den Rechtsextremismus und über den Islamismus informiert werden. Die Aufklärungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen richteten sich hauptsächlich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Sie tragen ihr Wissen weiter und sorgen damit für einen hohen Wirkungskreis. Schulen in Nordrhein-Westfalen haben ebenfalls viele Vorträge angefragt. In Unterrichtseinheiten und an Projekttagen konnten zahlreichen Schülerinnen und Schülern Kenntnisse über politische Extremismen und ihre Erscheinungsformen vermittelt werden.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen verfolgt einen ganzheitlichen Aufklärungs- und Präventionsansatz. Das Erreichen einer möglichst breiten Zielgruppe verspricht den größten Erfolg. Eine Vernetzung und Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden in der Prävention ist deshalb wichtig. In vielen Fällen laden zivilgesellschaftliche Träger den Ver-

fassungsschutz ein, um die eigenen Fachkräfte weiterzubilden. Interessierte Bürgerinnen und Bürger profitieren ebenfalls bei Veranstaltungen von der Expertise des Verfassungsschutzes.

Die Kooperationsveranstaltungen mit der Landeszentrale für politische Bildung haben sich bewährt. Mit der Veranstaltungsreihe „Einstiegsprozesse“ konnten verschiedene Zielgruppen erreicht werden (siehe Abschnitt Fachtagungen). Der Verfassungsschutz unterstützt zudem die Veranstaltungsreihe „Vielfältiger Islam und gewaltbereiter Salafismus“, die sich insbesondere an pädagogische Fachkräfte richtet. Sie wird in Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit dem Ministerium des Innern, dem Ministerium für Schule und Bildung und dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration durchgeführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes arbeiten im fachlichen Steuerungskreis mit und wirken als Referentinnen und Referenten bei den Veranstaltungen mit. Die Kooperationsveranstaltung des Qualifizierungsprojektes „Starke Moscheegemeinden - Starke Jugend: Für Demokratie – Gegen gewaltbereiten Salafismus“ für Imame und Multiplikatoren in Moscheegemeinden wurde fortgeführt.

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung sowie dem Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen fanden die Präventionstage „Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ für Schülerinnen und Schüler statt. Die Präventionstage klären vor allem über zwei Facetten des Rechtsextremismus auf, die für Jugendliche besonders wichtig sind: die Musiklandschaft dieser Szene sowie ihre Aktivitäten in sozialen Medien und auf anderen Online-Plattformen.

Zum Thema Rechtsextremismus fanden erneut zahlreiche Vorträge und Workshops für Jugendliche statt. Die meisten Veranstaltungen richteten sich aber an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, etwa an Lehrkräfte oder andere pädagogische Fachkräfte. Besonderes Interesse bestand im Jahr 2017 bei Kommunalverwaltungen mit einem speziellen Augenmerk auf Reichsbürger und Selbstverwalter. Inhaltlich nahmen die Veranstaltungen zudem Mittel und Strategien in den Fokus, mit denen junge Menschen für diese Szene gewonnen werden sollen („Erlebniswelt Rechtsextremismus“), sowie die Agitation gegen geflüchtete Menschen, die die rechtsextremistische Propaganda in jüngster Zeit besonders prägt.

Der Verfassungsschutz beteiligte sich 2017 beispielsweise mit Beiträgen zum Rechtsextremismus und Islamismus am Moerser Jugendkongress am 22. November 2017, an einer Fortbildung für Fachkräfte der Goethe-Institute am 10. Oktober 2017 sowie an einer Kooperationsveranstaltung mit dem Bündnis „Respekt und Mut/Düsseldorfer Appell“ und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit am 16. Oktober 2017.

Extremistische Salafisten nutzen professionelle Propaganda und Werbestrategien sowie Netzwerke, um vor allem junge Menschen für ihre Ideologie zu gewinnen. Der Verfassungsschutz informiert daher zum Islamismus in zahlreichen Veranstaltungen auf allen Ebenen über Netzwerke, Aktivitäten und Wirkungsweisen der Ideologie, beleuchtet die Hintergründe und schafft Handlungssicherheit im Umgang mit dem Phänomen. Es bestand weiterhin hohe Nachfrage nach Informationen über das Präventionsprogramm Wegweiser und das Aussteigerprogramm Islamismus sowie deren Beratungsexpertise. In zahlreichen Fällen konnten an den Veranstaltungen teilnehmende Ratsuchende direkt in Beratungsprogramme und Hilfesysteme vor Ort vermittelt werden. Ziel der Aufklärungsarbeit ist, Informationslücken und weit verbreitete Unsicherheiten im Umgang mit dem Phänomen und Unkenntnis über bereits vorhandene Beratungsangebote und Präventionsnetzwerke abzubauen. Nachfragende waren 2017 vor allem Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte in Behörden, insbesondere der Sozialarbeit, Angehörige der Zivilgesellschaft, Schulen, die Justizverwaltung, politische Stiftungen sowie Gremien und weitere Beratungsstrukturen.

Durch die breit angelegte Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes wird die Gesellschaft gegen extremistisches Gedankengut und entsprechende Strömungen gestärkt. Informierte können frühzeitig auf „Signale“ reagieren und so zügig niedrigschwellige Beratungsangebote in Anspruch nehmen. Damit werden Einzelfälle frühzeitig in Präventionsnetzwerken aufgefangen und Radikalisierungsbiographien verhindert.

Aussteigergespräche

In über 70 Veranstaltungen berichteten Aussteigerinnen und Aussteiger aus unterschiedlichen Bereichen des politischen Extremismus über ihre Erfahrungen und standen für Gespräche zur Verfügung. Rückmeldungen der Teilnehmenden bestätigen, dass diese Veranstaltungen sehr direkte Einblicke in Lebenswege und Motive geben, die zur Annäherung an den Extremismus geführt haben. Sie zeigen besonders deutlich die Gefahren auf, die von diesen Szenen ausgehen, und geben Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Impulse für die Prävention. Diese Gespräche werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Aussteigerprogramme vorbereitet und moderiert. Eine Voraussetzung ist, dass die Begegnung mit Aussteigern in einen didaktischen Kontext eingebettet ist, sodass das Gespräch vertieft und reflektiert wird. Gespräche mit Aussteigern aus dem Islamismus, dem Rechtsextremismus und dem auslandsbezogenen Extremismus („Graue Wölfe“) fanden 2017 beispielsweise im Rahmen der Informationsreihe „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“ für pädagogische Fachkräfte statt (siehe Abschnitt Fachtagungen).

Sensibilisierungsveranstaltungen im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen

Der Verfassungsschutz bietet seit 2014 Sensibilisierungsveranstaltungen für Betreiber von Flüchtlingseinrichtungen, deren Beschäftigte und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an. Die Veranstaltungen verfolgen das Ziel, über den extremistischen Salafismus aufzuklären sowie die Beratungsangebote des Verfassungsschutzes auf allen drei Ebenen der Prävention vorzustellen. Die Teilnehmenden sollen in die Lage versetzt werden, besonders auffälliges Verhalten, Wesensveränderungen oder gar eine Radikalisierung erkennen und einzuordnen zu können. Bisher wurden in 60 Sensibilisierungsveranstaltungen insgesamt 5.900 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren informiert.

Veröffentlichungen

Aufklärung über Ideologien, Strategien, Erscheinungsweisen und Strukturen im politischen Extremismus stärkt die Sensibilität und Wachsamkeit der Gesellschaft. Insofern ist sie ein wichtiger Beitrag zur wehrhaften Demokratie. Informationen und Analysen stellt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz im Internet sowie in Broschüren und anderen Veröffentlichungen zur Verfügung. Hinzu kommen Informationsmaterialien wie Plakate, Faltblätter und Visitenkarten, die beispielsweise auf Kontaktmöglichkeiten zu den Aussteigerprogrammen und zum Präventionsprogramm Wegweiser hinweisen. Interessierte erhalten diese Publikationen unter anderem bei Vortragsveranstaltungen. Einige Titel können zudem über die Website www.im.nrw.de/verfassungsschutz online bestellt werden. Die folgenden Veröffentlichungen sind im Jahr 2017 neu erschienen.

Broschüre „Reichsbürger und Selbstverwalter“

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine zunehmende Anzahl von Vorkommnissen mit sogenannten Reichsbürgern. Ein konsequentes Vorgehen der Behörden ist geboten. Im September 2017 hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die Broschüre „Reichsbürger und Selbstverwalter - Erkennen, einordnen, richtig handeln“ veröffentlicht. Sie richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und sonstigen öffentlichen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere des kommunalen Bereichs. Leserinnen und Leser erhalten einen Überblick über die Szene und konkrete Handlungsempfehlungen im Umgang mit „Reichsbürgern“.

Pädagogische Handreichung zu Wegweiser

Unter Einbindung von Fachexpertinnen und -experten haben das Präventionsreferat des Verfassungsschutzes NRW sowie Anlaufstellen des Programms Wegweiser eine pädagogische Handreichung zur Wegweiser-Beratungsarbeit erarbeitet. Der inhaltliche Fokus der Broschüre liegt auf der Darstellung der pädagogischen Ansätze des Präventionsprogramms, exemplarisch beschrieben von Wegweiser Bochum. Es werden die in der Beratung auftretenden Problemlagen und Radikalisierungshintergründe sowie die Herangehensweise der Beraterinnen und Berater veranschaulicht. Die Handreichung wird durch allgemeine Informationen zu Hintergründen und zur Jugendkultur des Salafismus komplettiert. Die im Laufe des Jahres 2018 erscheinende Broschüre richtet sich an alle Interessierten, insbesondere Akteure aus den Bereichen Sozialarbeit, Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und Prävention.

Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus“

In vollständig aktualisierter fünfter Auflage ist im September 2017 der Sammelband „Erlebniswelt Rechtsextremismus. modern – subversiv – hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention“ erschienen. Das Buch ist mit einem Online-Angebot verbunden. Es ist das Ergebnis einer langjährigen Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen mit jugendschutz.net, dem gemeinsamen Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für Jugendschutz im Internet. Beide Stellen geben die Publikation gemeinsam heraus, beigetragen haben mehr als 30 Autorinnen und Autoren aus Schule und außerschulischer Jugendarbeit, Wissenschaft, Jugendmedienschutz sowie des Verfassungsschutzes. Die Publikation legt einen Schwerpunkt auf optische Modernisierungsprozesse im Rechtsextremismus und hat vor allem die Online-Präsenzen dieser Szene im Blick. Neunzehn Projektskizzen erläutern Methoden und Ansätze, um in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen über Rechtsextremismus aufzuklären. Der Band steht unter anderem in den Publikationsprogrammen der Bundeszentrale für politische Bildung und der EU-Initiative Klicksafe bundesweit zur Verfügung.



Der Band „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ kann kostenlos oder gegen eine geringe Bereitstellungspauschale unter anderem über folgende Websites bezogen werden:

- Klicksafe. Die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz, www.klicksafe.de/bestellung
- Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/shop
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, www.politische-bildung.nrw.de/print/

Aufsätze in Fachpublikationen

In Fachpublikationen wie beispielsweise wissenschaftlichen Sammelbänden und Zeitschriften bringen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen regelmäßig Analysen zu speziellen Fragen des Extremismus ein. Dies fördert den Informations- und Gedankenaustausch zwischen Verfassungsschutz und akademischer Forschung.

Seit einigen Jahren gewinnt das extremistische Phänomen der „Reichsbürger“ an Bedeutung. Die Szene behauptet, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existiere, und bestreitet die Legitimität der staatlichen Behörden. Vor allem kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit Personen zu tun, die mit solchen Argumenten rechtmäßiges staatliches Handeln behindern wollen. Ein Aufsatz aus dem Verfassungsschutz NRW gibt einen Überblick über diese Szene, ihre Aktivitäten und das Gefahrenpotenzial. Die Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit „Reichsbürgern“ werden beleuchtet. Der Beitrag ist erschienen in der Loseblattsammlung „Praxis der Kommunalverwaltung“ im Kommunal- und Schul-Verlag.

„Wir lieben das Fremde – in der Fremde“: Die Zeile stammt aus einer Musik-CD, die Neonazis kostenlos an Kinder und Jugendliche verteilen wollten („Projekt Schulhof“). Ihr liegt das Diskursmuster des Ethnopluralismus zugrunde, im Vergleich zur inhaltlich eng verwandten Parole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ klingen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in einem moderaten Ton an. So soll die Aussage auch jenseits rechtsextremistischer Kreise Akzeptanz finden. Mit diesem Zitat ist ein Aufsatz aus dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz überschrieben, der in fünf Fallskizzen Ethnopluralismus als Diskursmuster und -strategie im Rechtsextremismus in den Blick nimmt. Er geht auf einen Vortrag am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen zurück und ist in dem Band „Großerzählungen des Extremen“ enthalten, den Jennifer Schellhöh, Jo Reichertz, Volker M. Heins und Armin Flender herausgegeben haben.

Ein weiterer Aufsatz verdeutlicht Hintergründe, Struktur und Ansatz des Präventionsprogramms Wegweiser. Er gibt unter anderem Einblicke in die konkrete Fallarbeit der Beratungsstelle in Bochum. Der Beitrag liefert einen umfassenden Überblick über das Programm Wegweiser und verdeutlicht den niedrigschwelligen, ganzheitlichen Ansatz des Programms. Der Einblick in die Fallarbeit zeigt, wie komplex Beratung und Begleitung in diesem Kontext sein kann. Der Aufsatz geht auf einen Vortrag bei der Tagung „Kulturkonflikt und Identität“ im April 2017 in Zürich zurück. Er ist in der Schriftenreihe „10. Zürcher Präventionsforum“ des Europa Instituts Zürich erschienen, die von Christian Schwarzenegger und Rolf Nägeli herausgegeben wird.

Weitere Beiträge aus dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sind im Jahr 2017 unter anderem erschienen

in der Zeitschrift „Musikforum“ des Deutschen Musikrats („Musik als politische Waffe. Konzerte, Bands und Stile der rechtsextremistischen Szene“, Heft 3/2017),

im „Jugendhilfereport“ des Landschaftsverbands Rheinland („Präventionsprogramm Wegweiser: gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“, Heft 3/2017) und

in „Thema Jugend“, die die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW herausgibt („Gemeinschaft – Action – Anerkennung. Was motiviert Jugendliche, gegen die Demokratie zu denken und zu handeln?“, Heft 2/ 2017